Nummer 175 — Halle, Donnerstag, den 29. Juli 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch die Agentur ohne Bringerlohn 1.20 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Milimeter-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark, für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Berechnung. Verlagsort: Dem Promenade 14 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7421. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleschesche". Bank-Rechnung: Deutsche Reichsbank Filialbank, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22015. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Sinowjew,
die gestürzte Sowjetgröße, wurde seines Postens als Mitglied des politischen Bureaus des Zentralkomitees enthoben.

*

Die Berliner Vororte sehen seit einigen Tagen wieder Erwerbslosendemonstrationen. In der inneren Stadt ist es bisher zu Kundgebungen nicht gekommen. Eine erhöhte Aktivität des noch immer anwachsenden Arbeitslosenheeres hatte bereits die (inzwischen verbotene) „Rote Fahne" vor einigen Tagen in Aussicht gestellt.

*

In Durchführung des Arbeitsschaffungsprogramms der Reichsregierung sollen Reichsaufträge im Gesamtbetrage von 120 Mill. M. vergeben werden. Für Landarbeiterwohnungsbau stellt das Reich 30 Mill. M. zur Verfügung, der Länderanteil ist ebenfalls gesichert; es sollen 25 000 Wohnungen, davon 10 000 noch in diesem Jahre, gebaut werden, um vor allem die auch im Winter hierbleibenden ausländischen Landarbeiter entbehrlich zu machen.

*

Wie uns gemeldet wird, ist im Reichsministerium ein Gesetzentwurf gegen den Alkoholmißbrauch in Vorbereitung. Im Reichsfinanzministerium beginnen in der kommenden Woche die neuen Verhandlungen über den Finanzausgleich.

*

Der Reichsminister des Innern hat das vor einigen Monaten von der preußischen Regierung ausgesprochene Verbot der Vereinigungen „Olympia" und „Wikingbund" dem Vorwärts zufolge bestätigt.

*

Im Preußischen Landtag ist der Gesetzentwurf über die Zulassung der Frauen zum Schiedsmannsamte eingegangen, durch das das Schiedsmannsamt auch den Frauen zugänglich gemacht wird; es wird jedoch den Frauen ein Recht zur Ablehnung des Amtes für den Fall eingeräumt, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung in besonderem Maße erschwert.

*

Nach einer Agenturmeldung aus Washington gibt das amerikanische Handelsdepartement bekannt, daß Deutschland seit Annahme des Dawes-Planes 904 Mill. Doll. geliehen hat, von welcher Summe mehr als die Hälfte aus den Vereinigten Staaten stamme.

*

Das Warschauer Hauptliquidationsamt hat von neuem 2 deutsche Vermögensobjekte zum Verkauf angeboten, nachdem erst im April 180 deutsche Vermögensobjekte zum Verkauf gestellt waren.

*

Lord Cecil, der Hauptverfechter des Völkerbundgedankens in England, gab im Oberhaus eine neue Erklärung ab, daß Deutschlands Abrüstung grundsätzlich zufriedenstellend und seine gute Absicht, die Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen, unzweifelhaft sei. Das ist nun schon der dritte Versuch, Chamberlains Erklärung abzuschwächen, die deutsche Abrüstung sei nicht „befriedigend". Man ersieht daraus, welche Angst England davor hat, Deutschland könnte endlich wach werden und auf den Völkerbundseintritt verzichten.

*

Die Außenminister von Finnland und Lettland haben der Sowjetregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen über einen gegenseitigen Sicherheitspakt einzutreten. — Ob der Pakt zustande kommt, ist eine andere Frage, denn England hat in den russischen Randstaaten eine sehr starke Position und ist gegen solche Verträge.

Amerika und Frankreich.

Der milde Coolidge.

Wie die Neuyorker „Associated Preß" meldet, hat Präsident Coolidge der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die ins Ausland reisenden Amerikaner auf die Lage der von ihnen besuchten Länder Rücksicht nehmen und sich nicht zu unberechtigter Kritik oder zu irgendwelchen Anschuldigungen hinreißen lassen.

In einer amtlichen Erläuterung zu dieser Erklärung wurde darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten von dem Wunsch beseelt seien, mit sämtlichen Auslandsmächten weiterhin freundliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. Man glaube nicht, daß die Haltung unverantwortlicher Personen allzu ernst genommen werden solle. Die im Auslande reisenden Amerikaner müßten sich, so wurde hinzugefügt, vor Augen halten, daß die Bevölkerung einiger europäischer Länder sich in einer bedrängten Lage befinde und die Amerikaner müßten deshalb die Schwierigkeiten der betreffenden Völker mit Sympathie betrachten.

— Merkwürdig, wenn Franzosen etwas tun, dann muß man es „mit Sympathie betrachten" und auf ihre bedrängte Lage Rücksicht nehmen. Bei Deutschlands berechtigten Erregungsausbrüchen gegen die Leute der Militärkontrollkommission oder besonders während der gegen Versailles verstoßenden Ruhrbesetzung hat kein Mensch Rücksicht genommen. Das nennt man dann „Gleichberechtigung" in dieser ehrlichsten aller Welten. In Wirklichkeit haben alle nur Angst vor Frankreich, aber nicht vor uns, denn es hat Waffen und wir nicht.

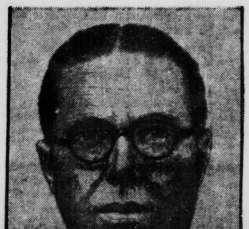
Verstümmelung eines Denkmals der amerikanischen Kriegsfreiwilligen

Gegen mitternacht ist ein russischer Flüchtling, der in Paris als Metallarbeiter tätig ist, das Denkmal, das zu Ehren der amerikanischen Kriegsfreiwilligen auf dem Platze der Vereinigten Staaten errichtet ist, verstümmelt, indem er mit einem Hammer den linken Arm und das linke Bein des amerikanischen Soldaten, der auf dem Denkmal dargestellt ist, wegschlug. Nach seiner Verhaftung sagte der Arbeiter aus, er habe eine Kundgebung gegen Amerika veranstalten wollen, weil es Frankreich Kredite verweigerte, wodurch eine Wirtschaftskrise hervorgerufen werde, unter der alle Arbeiter, und besonders die ausländischen Arbeiter, zu leiden hätten.

Natürlich ist es ein waschechter Franzose, der der allgemeinen Volkswut gegen die Amerikaner Ausdruck gab. Und da das der an die amerikanischen Kredite angewiesenen französischen Regierung naturgemäß furchtbar fatal ist, wird der gute Mann prompt in einen „Russen" umgedichtet. Ob die Amerikaner den Schwindel glauben werden, ist eine andere Frage. Man kann sich nur wundern, daß die lieben Franzosen noch nicht behauptet haben, all die Pariser, die jetzt so feindselig gegen die Angelsachsen sind, seien in Wirklichkeit deutsche Agenten und Provokateure, die das gute Einvernehmen Frankreichs mit Amerika stören wollen.

Verschärfte Schuldenbedingungen?

Nach Blättermeldungen aus Neuyork ist Präsident Coolidge der Ansicht, daß die den Amerikanern in Frankreich erwiesenen Feindseligkeiten und die Erklärung französischer Regierungsbeamter eine Bewegung in den Vereinigten Staaten auslösen werden, die sich gegen das Schuldenabkommen mit Frankreich richtet und strengere Bedingungen fordert. Der Präsident glaube, daß infolge der Agitation für Annullierung oder für günstigere Bedingungen die Ratifizierung unmöglich sein werde, wenn Frankreich sich nicht schnell ehrlich bereit zeige, die Bedingungen des Abkommens anzunehmen.



Professor Harry Elmer Barnes,
der bedeutende amerikanische Historiker, über dessen Berliner Vortrag zur Kriegsschuldfrage wir gestern berichteten.

*

In Bridgeton (New Jersey, Ver. Staaten) wurde der völlig mittellos verstorbene deutsche Kriegsteilnehmer Peterka auf Kosten der amerikanischen Legion feierlich beigesetzt. Als Fahnenträger fungierten amerikanische Kriegsveteranen. Der Kommandeur der Legionsabteilung hielt am Grabe eine Ansprache, in welcher er der von den Deutschen veranstalteten feierlichen Beisetzung des Sohnes Roosevelts bei St. Quentin gedachte. Mit der feierlichen Beisetzung Peterkas, so führte er aus, trage Amerika also eine Dankesschuld ab. — Man sieht, es gibt auch noch anständig denkende Ausländer in — Amerika.

Vor Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

Kommunistenterror.

Der holländische „Courant" meldet aus London: In 52 von 89 Versammlungen der Bergarbeiter wurden gestern abend Resolutionen für Wiederaufnahme der Arbeit angenommen. Der kommunistische Terror verhindert die Arbeitsaufnahme in den Schächten. Die Streikleitung gibt bekannt, daß infolge neuer Unterstützungen aus dem Ausland am kommenden Sonnabend etwa 25 bis 30 Prozent der Streikunterstützungen zur Auszahlung gebracht werden können.

Unruhen in Rußland.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Moskau: In den staatlichen Fabriken Moskaus wird gestreikt. Die Forderungen sind politischer Art. Es wird u. a. auch die Freizügigkeit der Arbeiterschaft gefordert. Das Verbot der „Prawda" wegen des Artikels für Sinowjef hat aufreizend gewirkt. Daß die Sowjetregierung mit der Möglichkeit von Unruhen und Ueberraschungen rechnet, beweist die starke Belegung Moskaus mit zuverlässigen roten Truppen der Landgarnisonen.

Die Londoner „Daily Mail" meldet: In Helsingfors liegen Berichte über Unruhen in Leningrad und Kronstadt vor. Sie scheinen in der vorliegenden Form übertrieben zu sein. Dagegen wird durch Piloten, die mit ihren Flugzeugen Kronstadt überflogen haben, bestätigt, daß der Hafen Kronstadt durch Torpedos abgesperrt ist und daß die Fabrikschornsteine der Kronstadter Staatsbetriebe seit Sonnabend nicht mehr rauchen.

Ratssitze für Spanien und Polen.

Wie das Pariser „Journal" meldet, soll der französische Kabinettsrat am gestrigen Tage u. a. auch beschlossen haben, in der Völkerbundtagung in Genf für die Ansprüche Spaniens und Polens auf ständige Ratssitze einzutreten.

Da Deutschland zur Bedingung seines Völkerbundseintrittes gemacht hat, daß die bisherige Zahl der ständigen Ratssitze nicht erhöht wird, ist das eine klare Kampfansage an Deutschland und eine Verweigerung seines Eintrittes in den Bund. Man spürt den Geist Poincarés, der schon wieder darauf ausgeht, Deutschland zu demütigen. Hoffen wir, daß die deutsche Regierung einmal ausnahmsweise festbleibt.

14 Flugzeuge an Frankreich.

Das Pariser „Journal" meldet, Deutschland habe an Frankreich 14 Flugzeuge der französisch-rumänischen Fluglinie zurückgegeben, die bei Ueberfliegung Deutschlands Notlandungen vornehmen mußten und beschlagnahmt worden waren.

— Offenbar um die offizielle deutsche Versöhnungspolitik nicht zu stören, hat man bisher in Deutschland wohl von der einen oder anderen Notlandung französischer Flugzeuge etwas erfahren, aber nicht, daß es 14 Stück waren und daß sie jetzt zurückgegeben wurden. Wenn wir nicht irren, war bisher das Ueberfliegen Deutschlands den französischen Flugzeugen verboten, aber das kümmert die lieben Franzosen nicht, und jetzt, mit der Rückgabe, ist ja alles in schönster Ordnung, denn wir Deutschen machen doch Versöhnungspolitik!

Die Vereinigten Staaten Europas?

Interessante Erklärungen Dr. Stresemanns

„Behüt dich Gott,
es wär so schön gewesen,
Behüt dich Gott,
es hat nicht sollen sein."
Scheffel: Trompeter von Säk.

Dieser Tage ist von Berlin aus ein Aufruf des „Verbandes für europäische Verständigung" verbreitet worden. Aus diesem Aufruf ergibt sich: dem Verband gehören im wesentlichen Franzosen an (darunter z. B. der bekannte Loucheur) und auf deutscher Seite eine „ursprünglich fast ganz auf den Reichstag beschränkte Gruppe, die vom rechten Flügel der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten reicht", die inzwischen wesentlich erweitert worden ist und „in den nächsten Tagen mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten wird, der von mehr als 400 der besten deutschen Namen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst unterschrieben ist". „Der Verband will Hand in Hand mit den Völkerbundsligen auf dem Boden der Locarnoverträge arbeiten und will im Geiste von Locarno über das dort Erreichte hinaus die Völker Europas im Bewußtsein der Solidarität ihrer Interessen zu gemeinsamen solidarischen Handeln zusammenführen." Auffallenderweise ist in dem Aufruf ganz verschwiegen, wie sich England zu dieser Zusammenarbeit stellt, so daß man also vorerst den Verband einen deutsch-französischen und sein Ziel deutsch-französische Zusammenarbeit wird nennen dürfen.

Man kann annehmen, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann diesem durchaus seiner außenpolitischen Richtung entsprechenden Verbande nicht ganz fern steht, und so ist es vermutlich auch kein Zufall, daß Dr. Stresemann sich unlängst zu einem ausländischen Professorentreter über seine eigentlichen außenpolitischen Fernziele ausgesprochen hat, die er in Deutschland bisher kaum öffentlich angedeutet hat. Dieses Interview mit dem Vertreter des „Diario de la marina" der kubanischen Hauptstadt Habanna hat aus dieser spanisch geschriebenen Zeitung seinen Weg durch eine ganze Anzahl anderer ebenfalls spanisch geschriebener Blätter Mittel- und Südamerikas sowie Spaniens genommen. Aus einem der letzteren entnehmen wir dem Interview folgendes:

„Man muß sich", so erklärte Dr. Stresemann, „anfangs vor starren Formen hüten. Wenn man von den Vereinigten Staaten Europas spricht, so denken wir dabei unwillkürlich an das Beispiel der Vereinigten Staaten Nordamerikas, dieses riesigen Gebietes, das unter einer einzigen Staatsverfassung vereinigt ist. Aber die Unmöglichkeit, die nordamerikanische Form auf Europa anzuwenden, ist in so vieler Hinsicht ganz augenscheinlich, daß jeder nähere Hinweis überflüssig ist. Man braucht gar nicht auf die Gegengründe einzugehen, die sich aus dem Unterschied der Geschichte, der Sprache und der Ueberlieferungen unter den einzelnen Völkern Europas ergeben. Halten wir nur diesen einen Punkt fest:

Die Vereinigten Staaten Europas würden zur Voraussetzung haben eine europäische Verfassung. Diese Verfassung müßte durch eine internationale Kommission von Juristen und Politikern als Vertretern der sämtlichen europäischen Nationen ausgearbeitet und festgelegt werden. Welche Weitläufigkeiten und Schwierigkeiten die Aussprachen in einer solchen Versammlung annehmen würden, ist kaum auszudenken. Dabei besteht keinerlei Garantie, daß sie mit einer allgemeinen Uebereinstimmung enden würden, und dann hätte man in positiver Hinsicht gar nichts erreicht, sondern nur die bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Reibungspunkte schärfer hervortreten lassen.

Selbst mit der Annahme des Uebereinkommens wäre jedoch der Weg zur Errichtung der Vereinigten Staaten Europas noch keineswegs frei, denn die ausgearbeitete und von der Versammlung angenommene Verfassung müßte von sämtlichen einzelnen Parlamenten angenommen werden, und wenn nur eines von ihnen sie ablehnte, müßte die ganze Arbeit von neuem begonnen werden.

Diese Art des Verfahrens erscheint deshalb nicht als geeignet zur Einigung Europas. Andererseits muß man anerkennen, daß dieses Problem von Tag zu Tag mehr an Bedeutung gewinnt, und daß man alle Anstrengungen zu seiner schleunigen Lösung machen muß. Es muß unbedingt eine gemeinsame Basis für das politische, wirtschaftliche und tulturelle Leben Europas gefunden werden, denn andernfalls könnte der Wiederaufbau der Trümmer unseres Kontinents eine Aufgabe sein, die unsere Kräfte übersteigt. Unter den gegebenen besonderen Verhältnissen des europäischen Organismus wäre es ein abfurder Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260729014/fragment/page=0001

such, die Vereinigten Staaten Europas zu gründen.

Viel erfolgreicher würde es unserer Meinung nach sein, ähnlich wie in Locarno geschehen, zwischen den interessierten Nationen die Fragen anzuschneiden, die ihnen gemeinsam sind, und den Weg zu suchen zu einer praktischen Lösung, indem man an eine Frage nach der anderen entsprechend ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit herangeht.

Die Vereinigten Staaten Europas würden voraussetzen, daß die europäischen Völker auf ihre gegenseitigen Rivalitäten und Mißhelligkeiten verzichteten, daß zwischen ihnen gegenseitiges Verständnis und Herzlichkeit herrschten, daß die Schranken weggefallen wären, die heute den normalen Blutkreislauf in dem Körper Europas beschränken, und auf die Handel und Verkehr von Nation zu Nation stößt. Diese Voraussetzungen können viel leichter verwirklicht werden, ohne daß man sich an irgendeine bestimmte Formel, wie die Anlehnung an das nordamerikanische Beispiel, bindet. In Locarno hat man einen großen Schritt zur Lösung des Problems der Sicherheit getan, das eines der Haupthindernisse war. Jetzt hängt alles davon ab, daß bei allen Annäherungen auf den übrigen Gebieten zwischen den Vertretern der verschiedenen europäischen Nationen der gleiche Geist herrscht.

Unlängst hat z. B. in Paris eine internationale Konferenz zum Studium der Fragen des europäischen Luftverkehrs getagt. In Kürze wird eine Entwaffnungskonferenz und eine Wirtschaftskonferenz zusammentreten, beide vom Völkerbund einberufen. Zwischen den verschiedenen Staaten Europas können jederzeit gegenseitige Vereinbarungen eingeleitet werden, um Abkommen über Handelsverträge oder die Vereinfachung der Paßvorschriften einzuleiten.

Vorausgesetzt, daß alle diese Konferenzen sich leiten lassen von dem Geist von Locarno und ihn zur Tat werden lassen, vorausgesetzt ferner eine vollständige Freiheit des Verkehrs zu Wasser und zu Lande, und ein Europa, dessen Kriegsrüstungen auf das enge Maß des unbedingt Notwendigen beschränkt sind, vorausgesetzt ein Europa, in dem keine einzige Nation mehr wäre, die nicht mit allen übrigen durch Handels- und Schiedsverträge verbunden wäre: Würde das in der Praxis nicht die Vereinigten Staaten Europas bedeuten im Rahmen des Völkerbundes?"

*

Soweit das Interview. Es ist ein Prachtgemälde des künftigen Europa, das als Propaganda bei den Kubanern möglicherweise sehr wirksam ist. Sollte es aber nicht nur Propaganda, sondern das wahre Ziel der Außenpolitik Dr. Stresemanns sein, so könnte man angesichts der vielen „Vorausgesetzts" doch fragen, ob das wirklich „praktische Außenpolitik" ist. Uns will scheinen, daß da vorher noch einige „kleine" Hindernisse zu beseitigen sind, an denen der arme deutsche Michel noch Haut und Haare lassen könnte. Lieber wollen wir Haut und Haar behalten und auf die Zukunftsträume noch ein Weilchen verzichten.

Dr. H. Glaß.

„Abrüstung".

„Echo de Paris" meldet aus Mainz Die großen französischen Manöver im besetzten Gebiet beginnen am 16. August. Sie werden mit kriegsstarken Heeresverbänden unternommen. 2300 französische Genietruppen treffen in den nächsten Tagen zur Vorbereitung der Verkehrs- und Transportfragen im Rheinland ein. — Eine merkwürdige Vorbereitung der allgemeinen Abrüstung. Man kann nur staunen, daß es in Deutschland immer noch Leute gibt, die glauben, die „siegreiche" französische Armee werde sich freiwillig abrüsten. Das hat noch nie ein siegreiches Heer getan. Und daß Frankreich es ebensowenig freiwillig tut, weil es sich im Versailler Vertrag dazu verpflichtet hat, ist jedem, der gallische Falschheit aus der Geschichte kennt, selbstverständlich. Man sollte endlich aufhören, unser Volk mit solchen Märchen vom guten Willen der Franzosen von richtiger Erkenntnis der Lage und damit von richtiger Politik abzulenken. Wie unehrlich es Frankreich auch bei der kürzlich erst beendeten Abrüstungsvorkonferenz in Genf meinte, geht u. a. aus folgendem hervor: Dort auf der Konferenz hat, wie erinnerlich, Frankreich seinen Standpunkt durchgesetzt, daß die Reserven bei der Abrüstung außer Betracht bleiben sollten und nur die aktiven Truppen als Heer anzusehen seien, bei dem eventuelle eine Herabsetzung in Frage käme. Wie diese „Abrüstung" aussehen wird, hat General Fech kürzlich in Lille bekanntgegeben. Er führte über die künftige Organisation des französischen Heeres aus:

1. Das Friedensheer werde viel kleinere Effektivbestände besitzen als 1914. Die Zahl der Armeekorps werde verringert werden. 2. Das Kriegsheer werde sämtliche Hilfsquellen der Nation einsetzen und dadurch an Bedeutung gewinnen. (!) Die Truppen der Friedenszeit würden durch Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve verstärkt. (!) 3. Sowohl das Kriegs- wie das Friedensheer werden den Gebrauch einer den militärischen Bedingungen immermehr und besonders angepaßten vervollkommneten Waffe besitzen Das Kriegsheer werde seinen Hauptwert aus dem Reichtum der Reserve ihrer Quantität und Qualität erreichen.

Also das Friedensheer wird zwar kleiner, aber das Kriegsheer wird wesentlich stärker und zwar ganz besonders durch die in Genf von der Abrüstung ausgeschlossenen Reserven. Dabei ist doch der ganze Sinn der Abrüstung, Kriege zu verhindern und auch die Kriegsstärke der Heere herabzusetzen! Was Frankreich tut, ist der frechste Hohn auf den Abrüstungsgedanken und die Abrüstungsgläubigen. Darum fort mit den Illusionen! Nicht der Friedens- sondern der Kriegsgeist herrscht in Frankreich.

Die Londoner „Daily Mail" berichtet aus Tokio: In dem Etat des japanischen Marinedepartements für 1927/28 sind 290 070 000 Yen enthalten, die für den Bau von vier leichten Kreuzern, 16 Zerstörern, 5 U-Booten, 3 Kanonenbooten und 5 Spezialschiffen bestimmt sind. Die Schiffe sollen binnen vier Jahren fertiggestellt werden. — „Allgemeine Abrüstung!"

Vertrauensvotum für Poincare.

Lärm in der Kammer.

In der gestrigen Sitzung der Pariser Kammer wurde schon der Kammerpräsident Péret (Rechtsparteiler) bei der kurzen Eröffnungsansprache mehrfach durch Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen.

Noch dramatischer gestaltete sich die Lage, als Ministerpräsident Poincaré die Rednertribüne bestieg, um die Regierungserklärung zu verlesen.

Der Kommunist Cachin ruft ihm zu: „Sie sieht man nur in Zeiten des Unglücks." Die Rechte protestiert, worauf die Kommunisten sich erheben und die Internationale anstimmen. Die Rechte und Mitte suchen durch Handeklatschen den Gesang zu übertönen. Die Kommunisten aber lärmen weiter. Kreidebleich steht Poincaré auf der Rednertribüne.

Er kann einige Sätze in Ruhe verlesen, wird dann aber fortgesetzt von Cachin mit seinen Anhängern unterbrochen. Als er die Rednertribüne verläßt, veranstalten die Kommunisten wiederum eine lärmende Kundgebung, die ihr Ende findet, als Péret die elf Interpellationen zur Verlesung bringt. Poincaré erklärt, die Regierung fordere die Zurückstellung der Beratung der Interpellationen bis nach der Durchberatung der Finanzgesetze, für die er das Verfahren der außerordentlichen Dringlichkeit fordern werde. Die Lage sei äußerst ernst. Jede Stunde der Verzögerung könne sie verschärfen.

Der Kommunist Renauld Jean erklärt, die Rückkehr Poincarés bedeute eine Herausforderung der Arbeiter und der Wähler, die dreimal hintereinander dem Kartell der Linken ihre Stimme gegeben hätten. Der Führer des Kartells der Linken sei zum Feinde übergegangen. Von all den schönen Reformen, die man im Mai 1924 beginnen wollte, sei keine verwirklicht worden, obgleich die Abgeordneten der Linken über 330 von 380 Stimmen verfügten. Die Auflösung der Kammer sei notwendig.

Der nächste Redner, der sozialistische Abgeordnete Compère Morel, erklärt, die Interpellationen über die Verteuerung des Brotes könnten nicht vertagt werden und fordert Ihre Diskussion für morgen. Seine Freunde, erklärt Compère Morel, würden der Regierung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht das Vertrauen aussprechen.

Die Regierungserklärung.

Die von Poincaré verlesene Regierungserklärung war noch flauer und inhaltsärmer, als Regierungserklärungen sonst zu sein pflegen. Erwähnt sei die folgende optimistische Erklärung:

„Nach aufmerksamer und gewissenhafter Prüfung der Lage haben wir die feste Ueberzeugung gewonnen, daß es möglich ist, schnell den Stand der französischen Finanzen zu bessern und den Kurs des Franken zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine sofortige und entschlossene Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament unbedingt notwendig. Deshalb bringt die Regierung einen Gesetzentwurf zur Erschließung von den Ausgaben entsprechenden Einnahmequellen ein."

Im übrigen wird versprochen, jede Inflation zu meiden, zu diesem Zwecke energisch zu sparen, die Produktion zu heben usw. usw. Die einzelnen Maßnahmen, die geplant sind, insbesondere die Steuererhöhungen, werden schamhaft verschwiegen. Ueber Währungsgesundung und Auslandsschulden, also den Kern der ganzen Sache, findet man lediglich den folgenden sehr vorsichtigen Satz:

„Ebenso wie wir selbst haben die Gläubigernationen Frankreichs, die Frankreich fest entschlossen ist, im Rahmen seiner Möglichkeit zu bezahlen, ein Interesse daran, daß wir vor allem die Währungskrise beheben, die auf vielfache Ursachen zurückzuführen ist, die jedoch sehr wohl beschwichtigt und deren gefährliche Auswirkungen vermieden werden können."

Ist es Zufall oder Absicht, daß in der ganzen Regierungserklärung auch nicht ein einziger Buchstabe über die künftige Außenpolitik steht? Nichts von Locarno, nichts vom Völkerbund, nichts von Abrüstung, nichts von der vielberühmten Völkerversöhnung! Aber auch nichts — und das wird den Engländern unbehaglich sein, (wenn es nicht so mit ihnen vorher abgemacht ist) — von der „Blutsbrüderschaft mit England".

*

In der Abstimmung der französischen Kammer wurde der Antrag der Regierung, die Interpellationsdebatte zu vertagen, worüber die Regierung die Vertrauensfrage stellt, mit 398 gegen 101 Stimmen angenommen. Ferner wurde der Antrag der Regierung, die Erklärung der außerordentlichen Dringlichkeit für die Finanzgesetze zu bewilligen, mit 418 gegen 31 Stimmen angenommen. Darauf vertagte sich die Kammer auf Freitagnachmittag.

Erwerbslosenunterstützung nach 52 Wochen.

Aus Besprechungen, die im Arbeitsministerium mit den Ländergegierungen und den kommunalen Spitzenverbänden stattfanden, ergibt sich, daß die Regierung beabsichtigt, dem Reichstag ein Gesetz über Verlängerung der Erwerbslosenunterstützungsdauer über die bisherige Höchstgrenze von 52 Wochen hinaus vorzulegen. Bis zu dieser Neuregelung muß die Fürsorge für die „Ausgesteuerten" d. h. für Arbeitslose, die schon 52 Wochen hindurch Unterstützung bezogen haben, der allgemeinen Wohlfahrtspflege überlassen bleiben, doch sollen den Bezirksfürsorgeverbänden Beihilfen gewährt werden. Erst für den Herbst wird mit einer beträchtlicheren Zahl von Ausgesteuerten gerechnet.

Erleichterung für Landarbeiterwohnungsbau.

Um eine verstärkte Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu ermöglichen, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt die bisherigen Höchstsätze einer Revision unterworfen. Es können nunmehr für einen Quadratmeter Wohnfläche bei Werkwohnungen 45, bei Eigenheimen 68 RM. für einen Quadratmeter Stallfläche 30 bzw. 40 und für einen Quadratmeter Scheunenfläche 15 bzw. 20 RM. gewährt werden. Die Erhöhung gilt nur für Bauten, die am 1. April dieses Jahres nicht begonnen waren.

Außerdem sind, um die Finanzierung von Landarbeiter-Eigenheimen möglichst zu erleichtern, die bisherigen Bestimmungen dahin abgeändert worden, daß bei Eigenheimbauten, wenn andernfalls die Finanzierung des einzelnen Bauvorhabens auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, der Sicherungshypothek des Staates insoweit eine Belastung bis zu 2000 RM. vorangehen kann, als diese Belastung des Grundstücks zusammen mit dem Werte der Sicherungshypothek den Betrag von 8000 Mark nicht überschreitet. In keinem Fall darf der Sicherungshypothek eine höhere Belastung als 90 v. H. des Wertes des bebauten Grundstücks vermindert um den Betrag der Sicherungshypothek vorangehen.

Ferner kann nach den neuen Bestimmungen bei Landarbeiter-Eigenheimen die Tilgungsfrist des Staatsdarlehns in besonderen Fällen in denen nachweislich die jährliche Belastung des Eigenheimerbauers durch Verzinsung und Tilgung der Hypotheken untragbar werden würde, durch den Regierungspräsidenten auf 30 Jahre verlängert werden.

Die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geförderten Werkwohnungen können auch mit deutschstämmigen Auswanderersamilien besetzt werden. Als deutschstämmiger Rückwanderer gilt ein im Ausland ansässig gewesener ehemaliger Reichsdeutscher oder der Nachkomme eines solchen, sofern er sich deutsche Gesinnung, Gesittung und Lebensart erhalten hat und die deutsche Muttersprache beherrscht.

Hauszinssteuerhypotheken auf Reichsheimstätten.

Einer Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes zufolge, genehmigte der Preußische Minister für Volkswohlfahrt gemäß § 17 Abs. 2 S. 2 des Reichsheimstättengesetzes vom 18. Mai 1920 nunmehr allgemein, daß auf Reichsheimstätten auch Hauszinssteuerhypotheken in das Grundbuch eingetragen werden.

Die Gesetzesvorlage betreffend die Reorganisation der Bergwerke wurde im englischen Unterhaus in dritter Lesung mit 312 gegen 125 Stimmen angenommen.

*

Abessinien hat beim Völkerbund Protest eingelegt gegen den italienisch-englischen Abessinienvertrag, zu dem es nicht gehört worden sei.

Bäume, die in den Himmel wachsen.

Von M. Rembo.

Wir in Europa haben keinen rechten Begriff davon, bis zu welcher Höhe sich die Bäume entwickeln können. Bringt es bei uns ein Baumriese auf 40 Meter, so ist er schon eine Sehenswürdigkeit, von der die Zeitungen berichten. In Amerika dagegen gibt es ganze Wälder mit Riesenbäumen von der doppelten Höhe, und einige von ihnen streben sogar über 100 Meter hinaus.

Das Land der Baumwunder ist Kalifornien. Dort findet man Bäume, die schon ältere Riesen waren, als Christus und seine Jünger predigten. Das Yosemitetal in Kalifornien ist ein wahres Baumparadies. Märchenhaft ist die erhabene Pracht jener Wälder. Der Reisende glaubt sich in eine unerhört grosartige Säulenhalle versetzt, und richtet er den Blick aufwärts, so mag es ihm erscheinen, als wichen die Baumriesen tatsächlich in den Himmel; ihn schwindelt, er fühlt sich zwischen diesen Riesen klein wie ein Maulwurf. Am mächtigsten ist der Eindruck jener Wälder, wenn lautloses Schweigen herrscht. Für ängstliche Gemüter hat es dann etwas seltsam Beklemmendes, für starke Gemüter etwas ungemein Erhebendes, zwischen diesen hölzernen Orgelpfeifen dahinzuschreiten.

Im Jahre 1850 fand Lobb in einer Höhe von 1500 Metern grosse Wälder von Riesentannen und -Fichten, dazwischen verstreut Rotholzbäume und Zuckerkiefern; es war dort, wo sich die Sierra Nevada im Westen Nordamerikas an der Küste des stillen Ozeans dahinzieht. Viele der Bäume besaßen eine Höhe von 122 Metern. Sie hatten eine verhältnismäßig kleine Krone und nur 6 Zentimeter lange, einförmige Zapfen von gelblich-brauner Farbe. Man nennt diese Bäume Sequoien oder Mammutbäume, wie sie in einigen Exemplaren auch im Görlitzer Stadtpark vorhanden sind, z. B. beim Humboldtdenkmal. Ihr Holz ist ziemlich dauerhaft und findet vielfältige Verwendung.

Grosses Aufsehen erregte ein umgestürzter Baum in Kalifornien, der 144 Meter lang war und dessen unterer Stamm einen Umfang von 35 Metern aufwies. Man nannte ihn „Vater des Waldes". Er war im Innern hohl und ein Mensch konnte ungefähr 50 Meter tief in den Stamm eindringen. Ein anderer umgestürzter Baum trägt den Namen „Reitschule", weil seine Höhlung Raum genug bietet, um darin herumzureiten. Bekannt ist auch der Baum, unter dem die Postkutsche hindurchfährt. Es ist der „Wawona" am westlichen Abhange der Sierra Nevada, etwa 85 Meter hoch. Durch seinen Stamm wurde ein Tunnel von mehr als 3 Meter Höhe und 3 Meter Breite gebauen, ohne daß dadurch dem Gedeihen des Baumes Abbruch getan wurde.

Auf der Weltausstellung von Chicago war ein aus zwei Zimmern bestehendes Haus zu sehen, das aus einem einzigen Stück Holz bestand. Man hatte einfach in den Stumpf eines Mammutbaumes die nötigen Zimmer hineingehauen. In diesem Holzhause tanzten in Chicago die jungen Leute. Die grösste Tanne im Staate Washington in Nordamerika befindet sich im Walde von County Snohomisch. Es ist dies eine 90 Meter hohe Gelbholztanne, deren unteres Stammende einen Umfang von 20,1 Metern hat. Etwa 6000 Jahre alt ist ein Tazodium bei Oaxaca in Mexiko. 6200 Jahre eine Zypresse, die bei Chepultepec in Mexiko steht. Das sind alte Methusalems, die schon zur Zeit Tut-anch-Amons ein ehrwürdiges Alter besaßen!

Der Siegeszug der Kakaobohne.

Zu ihrem 400jährigen europäischen Jubiläum.

Rund vier Jahrhunderte sind verflossen, seitdem die Kakaobohne, das heute so beliebt gewordene Nahrungsmittel, ihren Siegeszug um die Welt angetreten hat. Wie so vieles andere kam auch sie aus dem kurz vorher entdeckten Amerika. Als die Conquistadoren, die spanischen Eroberer, in ihrem Ansturm das alte Mexiko, das damals Tenochtitlan hieß, eroberten hatten und mit den Sitten und Gebräuchen der eingeborenen Bevölkerung vertraut wurden, bemerkten sie, daß diese kleine Bohne als Zahlungsmittel verwandt wurde. Das Erstaunen der Eroberer wuchs, als sie des weiteren feststellen mußten, daß die Bewohner Tenochtitlans aus diesem Münzerlaß ein wohlschmeckendes Getränk bereiteten. Allmählich begannen sich die Spanier mit dieser einheimischen Sitte anzufreunden, und es dauerte nicht lange, bis der kühne Anführer der Conquistadoren, Fernando Cortez, von diesem seltsamen Brauch in Tenochtitlan Kenntnis erlangte. Cortez befreundete sich gleichfalls rasch mit dem ihm neuartigen Getränk, und die Fama berichtet, daß auch seine Gattin Maria d'Estrada eine große Vorliebe dafür hegte. Durch die Spanier wurde nun die Kakaobohne nach Europa eingeführt.

Es hat sehr lange gedauert, bis sich das Getränk in unserem Erdteil einbürgerte, denn zunächst blieb es ausschließlich auf das Gebiet des spanischen Staates beschränkt und wurde auch dort nur wenig genossen, weil ja die Menschen allem Neuartigen anfangs mit einer gewissen Scheu gegenüberstehen. Immerhin erscheint diese Scheu begreiflich, denn die europäischen Zungen konnten sich durchaus nicht mit der ursprünglichen Zubereitung des Kakaos befreunden, da diese nicht auf die heute übliche Art geschah, sondern unter Zusatz von spanischem Pfeffer und ähnlicher scharfer Gewürze erfolgte.

Im achten Jahrzehnt des siebzehnten Jahrhunderts war der Genuß der Schokolade in Großbritannien noch völlig unbekannt und der Versuch, das neue Getränk dort einzuführen, erwies sich als völlig zwecklos. Eine spanische Prinzessin, die die Gattin eines französischen Königs wurde, verpflanzte das neue Getränk zunächst an den französischen Hof. Als der Kakao „hoffähig" geworden war, lernten ihn auch bald die übrigen höheren Schichten des Volkes kennen und schätzen. Lange Zeit wurde er allerdings als ein Luxusgetränk betrachtet, bis man erst seinen Nährwert völlig erkannte. Im Laufe der Zeit lernte man es auch, dem Kakao in Gestalt der Schokolade eine feste Form zu geben. Heutzutage ist die Schokolade ein wichtiges und wohlfeiles Volksnahrungsmittel geworden, und seit ungefähr einem Jahrzehnt haben sich auch die Herren der Schöpfung, die sonst Tabak und alkoholische Getränke zu bevorzugen pflegten, mit dem Schokoladengenuß befreundet. Es ist noch nicht allzulange her, daß das Verzehren von Schokolade in flüssiger oder fester Form als ein Privileg der Frauen und der Kinder galt. Die zahlreichen Fabriken, die sich mit der Anfertigung von Schokolade in mannigfacher Form befassen, sowie die enorme Nachfrage, die nach den Produkten dieser süßen Industrie eingetreten ist, sind ein Beweis dafür, daß die Zeit auch in dieser Hinsicht einen Wandel in der Geschmacksrichtung hervorgerufen hat.

Mo.

Hochschulnachrichten.

Breslau. Zum Rektor der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau ist für das Amtsjahr 1926/27 der Professor der alten Geschichte Geh. Regierungsrat Dr. Ernst Kornemann gewählt worden. Zu Dekanen wurden gewählt: in der katholisch-theologischen Fakultät Prof. Dr. Felix Haase (Slavische Kirchenkunde); in der evangelisch-theologischen Fakultät Konsistorialrat Prof. D. D. Johannes Steinbeck (Prakt. theol.); in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Hans Helfritz; in der medizinischen Fakultät Geh. Medizinalrat Prof. Dr. A. Bielschowsky (Augenheilkunde); in der philosophischen Fakultät Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wilh. Kroll (Klass. Philologie).

*

Verleihung des Pour le mérite für Wissenschaft und Künste. Der Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste ist dem Geheimrat Professor Dr. Voßler, München, verliehen worden.

Fortbildungskursus der Bonner Röntgen-Vereinigung. Die Bonner Röntgen-Vereinigung beabsichtigt, in der Universität vom 25. bis 30. Okt. einen Fortbildungskursus abzuhalten, an dem sich die Herren Geh. Rat v. Franqué, Prof. Hoffmann, Prof. Grebe, Prof. Kärnicke, Prof. Naegeli, Privatdozent Dr. Slauck und Privatdozent A. Schmidt beteiligen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260729014/fragment/page=0002